

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Verhandlungen der ... Versammlung des ... Landtags des Freistaats Oldenburg

Staat Oldenburg

**Oldenburg, [O.], Landtag 1.1849 - 6.1852; 30.1905/08 -
33.1916/19; 1.1919/20 - 5.1928/30[?]**

3. Sitzung, 13.11.1930

[urn:nbn:de:gbv:45:1-90141](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-90141)

Stenographischer Bericht

über

die Verhandlungen

der

6. Versammlung des V. Landtags des Freistaats Oldenburg.

Dritte Sitzung.

Oldenburg, den 13. November 1930, vormittags 11 Uhr.

- Tagesordnung:**
1. Bericht des Ausschusses 3 zu dem dringlichen selbständigen Antrag des Abgeordneten **Lahmann**, betr. Zuschuß aus Landesmitteln zur Bestreitung der Kosten für Ausgesteuerte und Krisenfürsorgeberechtigte.
 2. Mündlicher Bericht des Ausschusses 2 zu dem selbständigen Antrag des Abgeordneten **Dr. gr. Beilage**.
 3. Formliche Anfrage des Abg. **Themann**.
 4. Wahl eines Ministerpräsidenten.

Vorsitzender: Präsident Zimmermann.

Am Regierungstische: Staatsminister **Dr. Wilers**, Geh. Oberregierungsrat **Mukenbecher**, Ministerialräte **Hennings**, **Tanzen**.

Präsident: Ich eröffne die Sitzung und bitte Herrn Schriftführer **Rohr**, das Protokoll der 2. Sitzung zu verlesen. (Abg. **Rohr** verliest die Niederschrift der 2. ordentl. Sitzung.) Sind Einwendungen gegen die Niederschrift zu erheben? Das ist nicht der Fall. Dann erkläre ich dieselbe für genehmigt.

1. Gegenstand der Tagesordnung ist ein

Bericht des Ausschusses 3 zu dem selbständigen Antrag des Abg. Lahmann, betr. Zuschuß aus Landesmitteln zur Bestreitung der Kosten für Ausgesteuerte und Krisenfürsorgeberechtigte.

Der Ausschuß stellt den Antrag:

Die Regierung wird ersucht, die Notlage solcher Gemeinden, die durch Ausgaben für Ausgesteuerte und Krisenfürsorgeberechtigte stark belastet werden, fortlaufend im Auge zu behalten und bei der Reichsregierung

Schritte zur Abstellung solcher Notlagen zu unternehmen.

Ich eröffne die Beratung zu dem selbständigen Antrag **Lahmann** und dem Antrag des Ausschusses und gebe das Wort dem Herrn Berichtserstatter, Abg. **Lahmann**.

Abg. Lahmann: Der Bericht ist wohl noch nicht allen Herren zugegangen. Ich darf deshalb vielleicht ganz kurz eben die Verhandlungen im Ausschuß streifen.

Der Antrag wurde im Ausschuß in Gegenwart des Regierungsvertreters beraten. Von einer Seite des Ausschusses wurde erklärt, daß in verschiedenen Industriegemeinden die Ausgaben für Ausgesteuerte und Krisenfürsorgeberechtigte die dafür in den Voranschlag eingesetzten Einnahmen ganz erheblich überschritten hätten und bis zum Schluß des Etatsjahres noch ständig steigen würden, denn die Zahl der Ausgesteuerten nimmt von Monat zu Monat zu. Ersparnisse an anderen Positionen seien kaum noch



möglich. Neue Steuern zu heben, stoße auf die größte Schwierigkeit. Es müsse aus politischen und wirtschaftlichen Gründen vermieden werden, daß noch mehr Gemeinden zu Notgemeinden gestempelt würden.

Die Staatsregierung führte aus, daß die Gemeinden selbst für Ausgleichung ihrer Voranschläge sorgen müßten. Die Reichsgesetzgebung müsse sich der in diesem Antrage zur Debatte stehenden Angelegenheit annehmen. Das sei auch bereits geschehen durch Maßnahmen auf dem Gebiete der Krisenfürsorge. Dadurch seien z. B. im Landesteil Lübed schon mehrere Gemeinden stark belastet worden. In erster Linie müsse also das Reich helfen, denn auch der Staat sei in Not und habe durch schlechte Wirtschaftslage und die Folgen der Reichsfinanzreform Ausfälle zu erwarten. Die Ausgaben des Landes dürften nicht weiter erhöht werden. Auch dürften die Steuern für 1931 nicht erhöht werden. Der Staat will aber aufpassen, daß die Gemeinden lebensfähig bleiben.

Aus dem Ausschuß heraus wurde gewünscht, daß beim Reiche Schritte und Vorstellungen unternommen werden zur Behebung der Notlage solcher Gemeinden.

Der Ausschuß stellt den Antrag:

Die Regierung wird ersucht, die Notlage solcher Gemeinden, die durch Ausgaben für Ausgesteuerte und Krisenfürsorgeberechtigte stark belastet werden, fortlaufend im Auge zu behalten und bei der Reichsregierung Schritte zur Abstellung solcher Notlagen zu unternehmen.

Ich darf vielleicht noch kurz sagen, daß in den meisten Industriestädten und Indurstiegemeinden die Voranschläge, soweit sie sich auf diese Position beziehen, schon heute sehr überschritten sind und daß die Notlage noch zunehmen wird. Es wäre also dringend erwünscht, daß nicht noch mehr Gemeinden Notgemeinden werden.

Das Abstimmungsergebnis war einstimmig. Es ist ein einstimmiger Antrag zustande gekommen, in dem die Regierung ersucht wird, die Notlage dieser Gemeinden im Auge zu behalten und beim Reich die notwendigen Schritte zu unternehmen.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Müller.

Abg. Müller: Meine Herren! Die Antwort der Regierung zeigt die Pleite auf der ganzen Linie, nicht nur im Lande Oldenburg, nicht nur in den Gemeinden, sondern auch im Reich. Die Regierung verweist auf das Reich, sagt aber gleichzeitig, daß durch die Finanzreform ein Minus entstehen wird, daß also noch weniger hereinkommen wird als bisher, und das bedeutet für uns, daß nicht die Unterstüzungen für die Aermsten der Armen, Ausgesteuerten, Wohlfahrtsunterstützungsempfänger,

erhöht, sondern daß sie in Zukunft aller Wahrscheinlichkeit nach noch mehr herabgesetzt werden. Das ist die Aussicht für diejenigen, die dem Wohlfahrtsamt zur Last liegen und für diejenigen, die stempeln gehen. Das Reich hat ungeheure Schulden, rd. 1 Milliarde *R.M.*, und es wird das Gegenteil von dem erreicht, was man zu erreichen hofft. Neue Massensteuern, Drosselung der Wirtschaft, Herabsetzung der Kaufkraft im Inlande; denn diejenigen, die nichts mehr verdienen, können nichts mehr ausgeben. Und daneben läuft gleich ein großzügiger Lohnabbau, der gestern hier schon zur Sprache gekommen ist und daneben wiederum ein großer Schwindel, den man Preisabbau nennt. Nicht die Trustpreise oder Großhandelspreise werden abgebaut; der Kleinhandeler ist wieder schuld, auf den Kleinhandel soll die Wut der armen Deubel wieder abgelenkt werden. Es war möglich in den letzten Jahren, daß die deutschen Kapitalisten bis 12 Milliarden *R.M.* ins Ausland verschoben. Was ist diesen Herrschaften geschehen? Nichts, gar nichts, vielmehr treiben sie aller Wahrscheinlichkeit nach auch heute noch ihr Handwerk weiter, und dann sagt die Regierung, wir befinden uns in einer Notlage, wir können den Gemeinden nicht helfen und wir werden noch weiter notleidend sein. Heute bekommt ein Krisenunterstützungsempfänger, der 20 *R.M.* bezieht, keinen Mietzuschuß mehr vom Wohlfahrtsamt, auch wenn er 10 *R.M.* Miete die Woche zu zahlen hat. Für ihn bleibt ein Einkommen von 10 *R.M.* die Woche, und das sind die Nichtsätze, die in allen Gemeinden gang und gäbe sind. Für alle die, die heute auf Unterstützung angewiesen sind, für die bedeutet die Antwort der Regierung, daß sie ihren Hungerriemen enger schnallen müssen. Und für alle die, die herausfliegen aus den Betrieben, bedeutet es ebenfalls, daß sie nicht durch die Notstandsarbeit erfaßt werden, die die Regierung in Angriff nehmen will, sondern daß sie auch zu der Hungerarmee hinzugezählt werden. Diese Hungerarmee wird jeden Tag größer werden und sich letzten Endes gegen diese Verhältnisse auflehnen und gegen einen solchen Staat, der nicht in der Lage ist, die Hungrigen satt zu machen, und deshalb strebt man mit allen Mitteln dahin, eine brutale Polizeigewalt aufzurichten, den Faschismus, um den Hunger zu stabilisieren. Diesen Kurs steuern wir in Deutschland und in allen Ländern, wo die Wirtschaftskrise nicht zu lösen ist. In Oesterreich erleben wir heute, daß mit den brutalsten Mitteln vorgegangen wird, die parlamentarischen Mittel genügen nicht mehr. Sie können hier das einfache Problem des Ministerpräsidenten nicht einmal lösen, da müssen Sie tagelang hier zusammensitzen, weil Sie sich nicht einig werden können. Wieviel weniger werden Sie das Wirtschaftsproblem lösen und Ihre Finanzen in Ordnung bringen können, es sei denn, daß Sie die Lebenshaltung der breiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung noch weiter

herunterdrücken. Zwangsmaßnahmen, Zwangsarbeit und weitere Herabsetzung der fargen Löhne von heute, weitere Herabsetzung der Unterstützungen, das ist die Parole. Deshalb sagen wir, die arbeitende Klasse wird sich das eine bestimmte Zeit vielleicht noch gefallen lassen, bis das Maß voll ist, und dann wird die Abrechnung erfolgen. Der einzige richtige Weg, den wir zeigen, das ist die höhere Stufe der Entwicklung, der Weg zum Kommunismus, den uns Rußland heute zeigt. Sie können die arbeitenden Massen nicht mehr satt machen, und den Weg zum Aufstieg können Sie uns alle nicht zeigen, im Reichsmaßstab nicht und in den Ländern nicht. Deshalb sagen wir der hungernden Bevölkerung, der hungernden Arbeiterklasse, sie soll sich uns anschließen, den Weg zum Kommunismus gehen, um herauszukommen, um vorwärts zu kommen.

Präsident: Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Dann schließe ich die Beratung. Wir stimmen ab. Ich bitte die Abgeordneten, die den Ausschußantrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Der Ausschußantrag ist angenommen.

2. Gegenstand der Tagesordnung ist ein

Mündlicher Bericht des Ausschusses 2 zu dem selbständigen Antrag des Abg. Dr. gr. Beilage.

Ein Teil des Ausschusses stellt den Antrag 1:

Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium wird ersucht zu prüfen, ob es im Interesse der Vereinfachung der Staatsverwaltung und Ersparnis liegt, wenn nur ein Minister die Geschäfte des Staatsministeriums führt.

Das Ministerium wolle dem nächsten ordentlichen Landtage darüber berichten.

Ein anderer Teil des Ausschusses stellt den Antrag 2:

Ablehnung des Antrages 1.

Ich eröffne die Beratung über den selbständigen Antrag Dr. gr. Beilage, über den Antrag 1 und 2 und gebe das Wort dem Herrn Berichterstatter Abg. Dr. gr. Beilage.

Abg. Dr. gr. Beilage: Meine Herren! Soviel mir bekannt ist, ist nur den einzelnen Fraktionen der Bericht zugestellt. Ich möchte deshalb ergänzend hinzufügen, daß für den Antrag 1 die Abg. Albers, gr. Beilage, Brendebach und Haskamp gestimmt haben, die Abg. Weyand, Dohm und Wittje haben sich der Stimme enthalten; für den Antrag 2 haben gestimmt die Abg. Broschko, Frerichs, Jacobs und Meyer-Oldenburg.

Präsident: Wird sonst noch das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir ab. Ich lasse zuerst über den Antrag 2:

Ablehnung des Antrages 1,

abstimmen. Ich bitte die Abgeordneten, die diesen Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Das ist die Minderheit. (Zuruf: Gegenprobe.) Ich lasse jetzt über den Antrag 1 abstimmen. Ich bitte die Abgeordneten, die den Antrag 1 annehmen wollen, sich zu erheben und stehen zu bleiben. — Geschieht. — Das ist die Mehrheit; der Antrag ist angenommen. (Abg. Dannemann: Bravo!).

3. Gegenstand der Tagesordnung ist eine

Förmliche Anfrage des Abg. Themann und erteile ich zur Begründung seiner förmlichen Anfrage Herrn Abg. Themann das Wort.

Abg. Themann: Förmliche Anfrage. Wie bekannt, ist die Laufzeit des Landarbeiterdarlehns, welches an Staatsiedler gegeben wurde, von 10 auf 30 Jahre — muß es heißen, im Bericht steht 20 Jahre — erhöht worden, während die Laufzeit desselben Darlehns, welches an private Dedlandsiedler gegeben wurde, auf 10 Jahre belassen worden ist. — Welche Gründe haben das Ministerium bewegt, diese Erleichterung den privaten Dedlandsiedlern zu versagen?

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage gebe ich Herrn Minister Dr. Willers das Wort.

Minister Dr. Willers: Meine Herren! Die Staatsregierung beantwortet die Anfrage wie folgt:

Auf die förmliche Anfrage des Abg. Brendebach zum Voranschlag des Siedlungsamts für das Rechnungsjahr 1930 hat das Staatsministerium unterm 4. Februar 1930 beschlossen, die Tilgungsdauer für die an staatliche Siedler aus Mitteln der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge zum Hausbau gegebenen zinslosen Tilgungsdarlehen, die bisher nach 5 tilgungsfreien Jahren innerhalb 10 Jahren in gleichen Raten zu tilgen waren, unter Wegfall der Freijahre und Anrechnung der bereits genossenen Freijahre mit sofortiger Wirkung auf 30 Jahre festzusetzen. Die Antwort der Staatsregierung auf die Anfrage ist vom Landtag durch Annahme des Antrags Nr. 3 zum Voranschlag des Siedlungsamtes für das Rechnungsjahr 1930 gebilligt worden.

Ueber eine Verlängerung der Tilgungsdauer auch für die privaten Dedlandsiedler auf 30 Jahre ist in der Beantwortung nichts gesagt.

Die selbständigen Anträge der Abg. Themann-Sante und Broschko vom 23. und 24. Oktober 1928, die Tilgungsdauer für die zinslosen Tilgungsdarlehen aus Mitteln der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge allgemein den Bestimmungen des Reichs anzupassen, also auf 30 Jahre festzusetzen, hat das Ministerium unterm 22. Februar 1929 dahin beantwortet, daß eine allgemeine Erweiterung der Tilgungs-



dauer finanziell nicht tragbar und es daher unmöglich sei, hinsichtlich der Tilgungsdauer die oldenburgischen Bestimmungen für den Landarbeiterwohnungsba den Reichsbestimmungen anzupassen.

Zwecks Erleichterung der Rückzahlungsbedingungen in besonders dringenden Fällen hat das Ministerium sodann unterm 12. März 1929 mit dem Finanzausschuß des Landtags folgende Vereinbarung getroffen:

1. für bereits mit dem Reiche abgerechnete Darlehen wird die Tilgungsdauer in besonders begründeten Fällen um 1 oder 2 Jahre verlängert, und zwar in der Weise, daß die gesamte Abtragssumme auf 11 oder 12 Jahre gleichmäßig verteilt wird oder 1—2 Freijahre gewährt werden,

2. in Zukunft wird die Tilgungsdauer in besonders dringenden Fällen auf Antrag bis zu 15 Jahren und in Einzelfällen bis auf 20 Jahre verlängert.

Von dieser Vereinbarung hat das Ministerium bisher in weitgehendstem Maße Gebrauch gemacht. In allen bedürftigen Fällen ist den Darlehensabnehmern zu 1) auf Antrag durch Gewährung von 1 bis 2 Freijahren oder durch Verlängerung der gesamten Tilgungsdauer auf 11 oder 12 Jahre wesentliche Erleichterung verschafft worden. Bei neuen Anträgen auf Bewilligung eines Darlehens wird die Bedürftigkeitsfrage in jedem Falle eingehend geprüft und ist in vielen Fällen die Tilgungsdauer auf Antrag bis zu 15 Jahren, in besonders dringenden Fällen bis auf 20 Jahre, festgesetzt worden.

Eine nachträgliche Verlängerung der Tilgungsdauer für die privaten Oedlandsiedler auf 30 Jahre kann das Ministerium auch nach wiederholter eingehender Prüfung nicht genehmigen, da eine derartige Regelung finanziell untragbar ist und mit Bestimmtheit zu erwarten steht, daß dann sämtliche Landarbeiter ebenfalls auch für sich eine Verlängerung der Tilgungsdauer auf 30 Jahre anstreben werden. Es handelt sich bei den privaten Oedlandsiedlern um insgesamt 177 Siedler mit einem Landesanteil des Darlehens von zusammen 309 102,50 *RM*, die neben den gering verzinslichen Darlehen der Heimbauk aus Mitteln der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge ein Darlehen zum Hausbau erhalten haben: Bei der Verabredung mit dem Finanzausschuß ist vom Staatsministerium zum Ausdruck gebracht, daß die im Gegensatz zu anderen Ländern weitherzige Auslegung der Reichsbestimmungen bei der Gewährung von Landarbeiterbaudarlehen eine kurzfristigere Abtragsweise bedingt.

Präsident: Besprechung ist nicht beantragt; dann ist auch die förmliche Anfrage erledigt. — Wir kommen nunmehr zum 4. Punkt der Tagesordnung:

Wahl eines Ministerpräsidenten.

Das Wort hat Herr Abg. Hartong.

Abg. Hartong: Ich wiederhole heute meinen schon drei Mal gestellten Antrag, Herrn Regierungspräsidenten Cassebohm zum Ministerpräsidenten zu wählen. Ich halte diese Wahl im Interesse des Landes für notwendig. Die bisherigen Abstimmungen haben ergeben, daß schon seit langem durchaus eine Möglichkeit gegeben gewesen wäre, Herrn Cassebohm zum Ministerpräsidenten zu wählen, wenn das Zentrum nicht auch in diesem Falle lediglich Parteipolitik getrieben hätte und Parteipolitik vor Landespolitik gestellt hätte. (Unruhe im Zentrum.) (Zwischenruf Abg. Dannemann: Das ist die Sterbestunde der Weimarer Koalition; in der Sterbestunde raffen sie sich noch einmal auf.) (Glocke des Präsidenten). **Präsident:** Ich bitte um Ruhe. Das Wort hat Herr Abg. Wempe.

Abg. Wempe: Meine Herren! Wenn ich Ihnen heute zum vierten Mal den Vorschlag mache, Herrn Staatsminister Dr. Driver zum Ministerpräsidenten zu wählen, so bin ich Ihnen einige Worte der Erklärung schuldig, zumal nach dem, was der Herr Abg. Hartong soeben gesagt hat.

Ich muß zu dem Zwecke ganz kurz auf die Entwicklung der Frage zurückkommen. Als Herr Ministerpräsident v. Finkh gestorben war, erschien bald darauf in einer stadtoednburger Zeitungskorrespondenz eine Notiz, daß man jetzt bei der Frage nach der Nachfolge in erster Linie an den Herrn Innenminister denken müsse; es verlautet aber, daß Schwierigkeiten dem entgegenständen, weil Herr Minister Driver als Katholik manchen Kreisen nicht genehm sei. (Zwischenruf Abg. Dannemann: Hat nichts damit zu tun.) (Zuruf: Zentrum.) Meine Herren, in der Zeitungsnotiz stand das Wort „Katholik“, (Zwischenruf Abg. Röver: Münsterland.) Daß diese Auffassung nicht die einiger weniger war, haben die weiteren Ereignisse, die Ihnen allen hinreichend bekannt sind, bewiesen. Man hat auf diese Weise, nicht zu unserer Freude, das Festhalten an Herrn Innenminister Driver, der 10 Jahre lang auf verschiedenen verantwortungsvollen Posten Mitglied der Staatsregierung gewesen ist, für uns zu einer Ehrensache gemacht. Aus dem Grunde schlagen wir auch heute die Wahl des Herrn Innenministers vor.

Ich weise es mit aller Entschiedenheit zurück, wenn eben gesagt worden ist, das Zentrum wolle bei dieser Gelegenheit Parteiwohl über Landeswohl stellen. Meine Herren, der erste, der hier in diesem Hause ausgesprochen hat, daß Herr Minister Driver als Ministerpräsident für seine Fraktion nicht in Frage komme, ohne irgend eine Begründung dazu zu geben, das war der Herr Abg. Hartong.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Friedrichs.



Abg. Frerichs: Meine Herren! Ich möchte beantragen, eine halbstündige Pause eintreten zu lassen. (Zuruf von rechts: Wo zu denn?) (Zwischenruf Abg. Hartong: Ich wünsche das Wort zur Erwiderung.) Es haben sich soeben, besonders auch mit Rücksicht auf die eben gehörten Reden, einige Momente ergeben, die es vielleicht notwendig machen, noch einmal kurz die Dinge zu beraten. Ich bitte daher ... (Zwischenruf Abg. Dannemann: Weimarer Koalition seligen Angedenkens.) Herr Dannemann, ich will Ihnen etwas sagen, ich habe weder Zeit noch Lust, mich in den Streit der beiden Parteien, die hier jahrelang zusammenarbeiteten, einzumischen, vielleicht könnte ich dabei etwas schadenfroh werden, aber das liegt mir heute morgen nicht. Ich bitte, in diese Pause einzutreten.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Hartong zur Geschäftsordnung. (Abg. Hartong: Und Richtigstellung.) Ich möchte folgenden Vorschlag machen: Es war bisher üblich, wenn eine Unterbrechung gewünscht wurde, dem stattzugeben; wir können dann nach der Pause weiter Stellung nehmen. (Abg. Hartong: Ich bin mit einer Pause einverstanden, bitte mir aber Gelegenheit zu geben, sofort auf das zu erwidern.) Wenn der Landtag einverstanden ist, habe ich nichts dagegen. Das Wort hat Herr Abg. Hartong.

Abg. Hartong: Meine Herren! Ich lege Wert darauf, sofort richtig zu stellen, daß es unrichtig ist, wie ich auch verschiedentlich Herrn Wempe gegenüber schon zum Ausdruck gebracht habe, daß irgendwie die Zugehörigkeit zur katholischen Kirche irgend jemanden, möchte ich sagen, im Hause beeinflusst. Meine Worte richteten sich gegen das Zentrum und nicht gegen den Katholiken. Das ist ein sehr wesentlicher Unterschied, wie ich wohl nicht des näheren auseinanderzusetzen brauche.

Es ist heute behauptet worden, ohne jede Begründung wäre der künftige Herr Ministerpräsident Dr. Driver (Zwischenruf: Künftige ist gut.) von mir abgelehnt worden. Es ist auch in einer partei-offiziösen Auslassung über den letzten Oldenburgischen Zentrumstag gesagt worden, daß von keiner Seite irgendwelche Einwendungen gegen Herrn Dr. Driver vorgebracht seien. Diese Behauptungen sind unrichtig, meine Herren. Der Herr Abg. Wempe weiß, daß das Gegenteil richtig ist. Ich will mich hier nicht des näheren darüber auslassen, weswegen wir Herrn Dr. Driver als Ministerpräsidenten nicht für geeignet halten.

Meine Herren, es ist Tatsache, daß bei den Verhandlungen über die Wahl eines Ministerpräsidenten seitens des Fraktionsvorsitzenden des Zentrums, des Herrn Abg. Wempe, klipp und klar und eindeutig mir gegenüber zum Ausdruck gebracht worden ist, für das Zentrum komme nur der Minister Driver als Präsident in Frage, niemand sonst, einerlei, ob auf diese Weise die Wahl eines

Ministerpräsidenten zustande komme oder nicht. Das nenne ich Parteiinteresse über Landesinteresse stellen; denn darüber, daß ein Ministerpräsident gewählt werden kann, sind sich alle im Hause, einschließlich des Abg. Wempe, einig. (Zuruf Abg. Wempe: Das war meine Antwort auf Ihre Erklärung.)

Präsident: Ich nehme an, daß der Landtag damit einverstanden ist, jetzt eine Pause von 30 Minuten eintreten zu lassen. Ich bitte, um $\frac{1}{4}$ 1 Uhr wieder zusammenzutreten. (12 Uhr.) (12 Uhr 45 Min.):

Präsident: Die Zentrumsfraktion wünscht, daß wir die Pause noch um eine halbe Stunde verlängern. (Zwischenruf Abg. Röver: Ist ja lächerlich; 3 Tage sitzen wir schon.) Ich möchte vorschlagen, es ist bisher üblich gewesen, daß wir dem Wunsche einer Fraktion nachkommen, das auch in diesem Falle zu tun. Das würde $\frac{1}{4}$ nach 1 Uhr sein. (12 Uhr 50 Min.) (1 Uhr 45 Min.):

Präsident: Ich möchte dem Landtage jetzt einen Vorschlag machen. Ich halte es für angebracht, nachdem eine Einigung nicht zu erzielen war, um die Wahl jetzt vornehmen zu können, die Sitzung zu vertagen. Erst war es der Wunsch der Zentrumsfraktion, eine Viertelstunde zu warten bzw. eine halbe Stunde, und dann hat mir Herr Minister Dr. Driver mitgeteilt, daß er Wert darauf lege, die Frist zu verlängern. Ich habe dann mit Herrn Minister Dr. Driver noch zweimal telefonisch verhandelt. Er hat etwas bindendes nicht sagen können, wann wir mit der Sitzung beginnen können. Es wird das Richtige sein, entweder heute nachm., meinetwegen um 5 Uhr, fortzufahren oder aber, daß wir morgen früh um 10 Uhr beginnen. Ist der Landtag damit einverstanden, daß wir die Sitzung jetzt unterbrechen und heute nachm. um 5 Uhr fortfahren? Es sind Meinungsverschiedenheiten vorhanden, ob wir heute nachm. oder morgen früh tagen wollen. Ich schlage heute nachm. vor. (Zurufe: Jawohl.) Also heute nachm. 5 Uhr. Die Sitzung ist geschlossen. (Abg. Röver ruft: Ein Kuhhandel erbärmlichster Art. Wir werden Euch schon die Leviten lesen; paßt mal auf.) (1 Uhr 55 Min.)

Fortsetzung der 3. ordentlichen Sitzung, 13. 11. 30., nachm. 5 Uhr.

Präsident: Ich eröffne die Sitzung. Wir fahren in unserer unterbrochenen Sitzung fort. Herr Staatsminister Dr. Driver hat mir ein Schreiben geschickt, in dem er mitteilt, daß er angesichts des Verlaufs der heutigen Plenarsitzung des Landtags über die Wahl des Ministerpräsidenten nicht mehr in der Lage sei, eine Wahl anzunehmen. Es

bleibt demnach nur der eine Vorschlag bestehen.
Das Wort hat Herr Abg. W e m p e.

Abg. W e m p e: Nach dieser Erklärung des Herrn Ministers Dr. Driver und nach den Vorgängen des heutigen Vormittags werden wir uns an der Wahl eines Ministerpräsidenten nicht weiter beteiligen.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. F r e r i c h s.

Abg. F r e r i c h s: Meine Herren! Ich habe im Namen meiner Fraktion ebenfalls eine kurze Erklärung abzugeben:

Wir haben wiederholt in den verflossenen Jahren hier im Landtage zum Ausdruck gebracht, daß wir die Bildung eines politisch-parlamentarischen Ministeriums für notwendig und richtig halten. Wir haben dies in den letzten Tagen auch gegenüber den Vertretern der für die Regierungsbildung in Betracht kommenden Parteien erklärt. Da aber nach dem bisherigen Verlauf der Dinge hierfür keine Aussicht besteht, wir aber auch für Herrn Ministerialrat C a s s e b o h m aus allgemein politischen Gründen und auch aus staatspolitischen Gründen nicht stimmen können, wir ihn ferner auch als obersten Vertreter des Landes nicht an der richtigen Stelle sehen und nicht für geeignet halten, werden wir uns aktiv an der Wahl nicht beteiligen, auch keine Stimmhaltung üben, sondern weiße Zettel abgeben.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. M ü l l e r.

Abg. M ü l l e r: Ich möchte ebenfalls eine Erklärung abgeben. Ich habe mich an der Wahl sowieso noch nicht beteiligt, aber ich möchte erklären, die ganze Hilflosigkeit des Landtages kennzeichnet die Hilflosigkeit der kapitalistischen Gesellschaftsklasse. Es wird der Tod der herrschenden besitzenden Klasse sein, und deshalb sind wir als Arbeiter nicht daran interessiert, ob der Präsident der Deutschnationalen oder der Hitler Richtung oder der demokratischen oder sozialdemokratischen oder der Zentrums Richtung angehört. Es wird immer derjenige sein, der alle Maßnahmen ergreift, um die Not der Ausgesteuerten, Unterdrückten und Besitzlosen zu verschärfen, er wird alles tun, um die besitzlose Klasse niederzuhalten, und deshalb sagen wir, es gibt eher keine Rettung, bis die Arbeiterschaft dieses System gestürzt hat und sich ein Sowjet-Deutschland erkämpft hat.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. S a r t o n g.

Abg. S a r t o n g: Meine Herren! Ich lege doch Wert darauf, im Anschluß an meine Erklärung von heute morgen nochmals zu betonen, daß für unsere Auffassung in der ganzen Angelegenheit — ich habe das heute morgen schon mit anderen Worten

gesagt — das Religionsbekenntnis keinerlei Rolle spielt und daß das die einhellige Auffassung meiner Fraktion ist. Ich lege Wert darauf, das nochmals ausdrücklich festzulegen, weil anscheinend private Meinungsäußerungen Einzelner mißverstanden worden sind. (Unruhe in der Mitte.) Und dann möchte ich über Herrn Dr. Driver noch erklären, auch im Anschluß an das von heute morgen: meine Ausführungen waren keine negative Kritik an dem Minister Dr. Driver in seiner Tätigkeit als Minister. Ich lege sogar Wert darauf, ausdrücklich zu sagen, daß ich mehrfach Herrn W e m p e gegenüber zum Ausdruck gebracht habe, daß es für mich ausschließlich darauf ankäme, die Wahl eines Ministerpräsidenten so schnell wie möglich im Interesse des Landes durchzuführen, und ich persönlich auch bereit gewesen wäre, Herrn Minister Dr. Driver zu wählen, um den jetzigen Zustand im Interesse des Landes bald ein Ende zu machen. Eine Mehrheit für Herrn Dr. Driver war aber ja aussichtslos. (Unruhe links und in der Mitte.)

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. R ö v e r.

Abg. R ö v e r: Wir stellen kühl und nüchtern fest, daß der Landtag unfähig ist, diese Wahl vorzunehmen. Ich möchte den Herren von der Linken sagen, sie können sich nicht für das eine, nicht für das andere entscheiden. In Berlin ist die Linke mit dem Zentrum zusammengegangen, hier wagen sie nicht, den Minister Dr. Driver auf den Präsidentenstuhl zu heben, weil sie fürchten, hier eine Niederlage einzusteden. Auf der anderen Seite wagen sie nicht, mit dem Bürgertum zusammenzugehen, weil sie auch dann eine Niederlage befürchten. Sie wagen ferner nicht, drittens, der Stimmung des Volkes Rechnung zu tragen, den Landtag aufzulösen, damit der Landtag so aussieht, wie das Volk es will. Wir müssen daher verlangen, daß die Regierung nunmehr den Mut aufbringen muß und den Landtag nach Hause schickt.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. F r e r i c h s.

Abg. F r e r i c h s: Einige kurze Bemerkungen noch. Zunächst zu Herrn Abg. M ü l l e r, der hier keine Gelegenheit vorbeigehen läßt, es so hinzustellen, als ob die kommunistische Fraktion, die aus ihm besteht, als Vertreterin der gesamten Arbeiterschaft in Frage komme. Ich will feststellen, daß zu einem Mandat immerhin 4000 Stimmen gehören, aber auch nicht viel mehr, daß aber die Arbeiterschaft in wesentlich größerer Stärke sich auch an der letzten Landtagswahl beteiligt hat. Er kann sich nicht rühmen, als alleiniger Vertreter der Arbeiterschaft aufzutreten. (Abg. M ü l l e r: Ihr seid mit 15 Mann hier und habt nicht die Courage, Farbe zu bekennen, 15 Mann, die stärkste Fraktion.) (Präsident: Herr Abg. F r e r i c h s hat das Wort.)



Herr Müller, ich will Ihnen etwas attestieren und bescheinigen. Sie haben es kinderleicht in Ihrer Position, und was ich Ihnen gern bescheinige, ist, daß Sie es gut verstehen, hier Reden zu halten, die im allgemeinen mit den Tatsachen und der tatsächlichen Lage nicht allzuviel zu tun haben. (Abg. Müller: Das bestimmen Sie gar nicht.)

Im übrigen will ich Herrn Röver ebenfalls sagen, daß er auch heute noch nicht das Recht hat, die Dinge so aufzuziehen, als ob nur er hier die Stimme des Volkes vertrete. (Abg. Röver: Abwarten.) Aber anscheinend können Sie es gar nicht abwarten. (Abg. Röver: Die Retourkutsche fährt nur Freitags.) Sie haben sich soeben überzeugen können, daß sie unter Umständen auch Donnerstags fährt. Sparen wir uns das, das halbe Jahr werden Sie noch warten können, im Gegenteil, wir geben Ihnen gern Zeit für die Vorbereitung.

Zu Herrn Hartong möchte ich auch sagen, daß ich zwar nicht haarfarr und haargenau gehört habe, was er in Bezug auf die Wahl des Minister Dr. Driver zum Ministerpräsidenten gesagt hat, aber mindestens schien mir der Ton seiner Ausführungen ein wesentlich anderer zu sein, als er jetzt gelten lassen will, und ich glaube, auch der Inhalt. (Zustimmung aus der Mitte.) (Abg. Hartong ruft: Nein, nein, ich habe es hier.) Aber darüber will ich mich weiter nicht verbreiten; das mögen die Herren vom Landesblock mit dem Zentrum austragen. Ich fürchte jetzt nicht mehr, daß die Dinge irgendwie nicht in Ordnung gehen sollten.

Präsident: Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Dann bitte ich zur Wahl zu schreiten und die Stimmzettel hier abzugeben. — Geschieht. — Ich frage, ob die Stimmzettel alle abgegeben sind. Das scheint der Fall zu sein. Dann schließe ich die Wahlhandlung. — Ein Zettel ist ungültig. (Abg. Müller: Verlesen Sie ruhig, was darauf steht.) Es ist nicht notwendig, daß wir alles verlesen. Es sind abgegeben 37 Stimmzettel. Demnach ist die absolute Mehrheit 19; Regierungspräsident Cassebohm hat 18. Mithin ist die Wahl wieder ergebnislos verlaufen. (Unruhe.)

Ich möchte jetzt den Landtag fragen, wann er eine Wahl zu wiederholen gedenkt. Ich möchte eigentlich den Vorschlag machen, daß die Fraktionen an mich herantreten, wenn sie sich dahin geeinigt haben, daß Aussicht auf einen Erfolg bei der Wahl besteht. (Zuruf Abg. Röver: Glauben Sie noch daran?) Oder soll für morgen eine erneute Sitzung einberufen werden? Also sind Sie damit einverstanden, daß wir unsere Verhandlungen abbrechen.

Das Wort hat Herr Abg. Frerichs zur Geschäftsordnung.

Abg. Frerichs: Meine Herren! Vielleicht beauftragen wir den Ältestenausschuß damit. (Abg. Röver: Sie haben einen zu wenig abkommandiert, Herr Frerichs.) Wir haben gar keinen abkommandiert. (Abg. Fid: Wir sind keine Schieber.) Wir sind nicht Nationalsozialisten, wo das Kommandieren Mode ist.

Vielleicht wäre es richtig, daß kurz der Ältestenausschuß noch zusammentritt und sich über die Frage unterhält und die Direktiven gibt, was geschehen soll.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Hartong.

Abg. Hartong: Ich habe keine Bedenken dagegen, daß der Ältestenausschuß nochmals beraten soll. Meines Erachtens kann es nur ein Entweder-Oder geben; entweder tagt der Landtag, bis eine Wahl zustande gekommen ist, das sind wir dem Lande schuldig (Zustimmung) oder der Landtag hat die Pflicht, sich aufzulösen, wenn er nicht seine Pflicht am Lande erfüllen kann. (Lebhaftes „Sehr richtig!“ rechts.)

Präsident: Es ist der Voranschlag gemacht worden, daß der Vertrauensmänner-Ausschuß zusammentritt. Ich habe dagegen nichts einzuwenden. Dann bin ich der Meinung, daß wir schon am Schluß dieser Sitzung zusammentreten können. (Zustimmung.) Der Landtag ist einverstanden. Ich schließe die Sitzung. Ich bitte die Mitglieder des Vertrauensmänner-Ausschusses ins Ausschußzimmer 3, Finanzausschuß.

Schluß 5 Uhr 35 Min.

